



**Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen**

## **Herbstsession des Nationalrates:**

# **Krisen müssen adressiert werden**

Thürnen, 3. Oktober 2022

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen,

Die Herbstsession war echt anspruchsvoll: Inhaltlich aber auch emotional. Wir dürfen uns nicht zurücklehnen als Schweiz: Das Umfeld in dem wir uns bewegen ist harsch und unfreundlich. Ich freue mich, dass wir nun in der Sicherheitspolitik Klarheit haben. Das neue Kampfflugzeug kann beschafft werden. Auch bei der Stromversorgung müssen wir die Produktionsausbauten erleichtern, damit wir nicht mehr so verletzlich und vom Ausland abhängig sind. Und auch wenn ich es mir anders gewünscht hätte: Ohne Rettungsschirm für die Stromkonzerne wird es auch nicht gehen. Ärgerlich ist für mich die Verzögerungstaktik bei der Abschaffung des Eigenmietwerts, diese muss kommen, um finanzielle Entlastung zu schaffen.

### **Rettungsschirm für systemrelevante Stromunternehmen ([22.031](#))**

Es herrscht Krieg in Europa und dieser wird auch über die Strompreise geführt. Überall machen Staaten Zusagen, damit die Stromfirmen nicht in die Liquiditätsfalle geraten. Und auch wir müssen nun wohl lernen, dass die Strommarktliberalisierung für «Schönwetter» gebaut wurde. Der Handel mit Strom muss neu überdacht werden. Wer einen Versorgungsauftrag hat, der darf nicht kurzfristig Strom über den Handel kaufen – sondern soll langfristig und inländisch beschaffen. Das Parlament hat nun eine Nothilfe bereit gemacht, damit die Schweizer Stromversorger nicht vom Handel ausgeschlossen werden: Im Falle von aussergewöhnlichen Marktentwicklungen soll der Bund bis zu zehn Milliarden Franken bereitstellen, um Liquiditätsengpässe der systemrelevanten Stromunternehmen – konkret geht es um Axpo, Alpiq und BKW – zu überbrücken und die Stromversorgung zu sichern. Der Kanton Tessin hat für seine AET bereits vor Monaten 300 Mio. zur Verfügung gestellt. Angesichts der grossen Dringlichkeit und aus politischer Rason haben wir hier grossmehrheitlich zugestimmt – damit anders als bei UBS oder Swissair eine rechtlich klare Grundlage vor der Krise zur Verfügung steht.

Ich bin hier jedoch schon auf der sehr kritischen Seite. In der Detailberatung wurde immerhin darauf hingewirkt, dass die Auszahlung der Mittel an klare Bedingungen geknüpft wird. Auch wenn eine Rettung der Axpo angesichts der grossen Dringlichkeit wichtig war, so zeigt diese tragische Situation in erster Linie, dass das Geschäftsmodell des Stromkonzerns und seiner Kunden, der kantonalen Elektrizitätswerke, kritisch hinterfragt werden muss. Viel zu viel Strom wird heute gehandelt und zu wenig wird langfristig abgesichert inländisch gekauft. Die Gewinnorientierung auf

dem Buckel der Monopolkunden ist ein Übel, das gelöst werden muss. Angesichts der derzeitig angespannten Lage im Strommarkt ist dabei vor allem die Rolle jener ins Zentrum zu rücken, die für die Versorgung einstehen müssen.

Klar ist, dass alle, die eine staatliche Liquidität suchen, die Richtlinien des Rettungsplans konsequent einhalten und sich um eine schnelle Rückzahlung des angefragten Kredits bemühen müssen. Der Rettungsschirm ist bereits am 1. Oktober in Kraft getreten, da er von den Räten für dringlich erklärt wurde – nutzen musste ihn zum Glück bislang noch keine Firma. Für mich positiv: Es droht erstmals eine Krise und das Parlament ist vorher bereit und hat dem Bundesrat einen Rahmen vorgegeben. Das gab es noch nie, ist aber wirklich eine Lehre aus UBS, Swissair und Corona.

Mit einer Sonderdebatte behandelte der Nationalrat zudem sechs dringliche Interpellationen zur drohenden Strom- und Gasmangellage im kommenden Winter. In diesem Zusammenhang will die FDP-Fraktion vom Bundesrat wissen, ob die Schweiz ab 2025 noch stärker vom europäischen Strommarkt ausgeschlossen werde und ob sich die Trockenheit dieses Sommers negativ auf die Wasserkraft auswirken wird. Mit der Motion der FDP-Fraktion «Stromproduktionsanlagen für erneuerbare Energien sofort umsetzen» fordern wir den Bundesrat auf, hängige Projekte von Kraftwerken für Sonne, Wasser, Wind und Geothermie Spezialgesetze rasch umzusetzen. Damit sollen Bewilligungsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden. Das hilft uns mittel- und längerfristig. Aber: Wir dürfen uns nichts vormachen. Die inländischen erneuerbaren Energien aus Sonne und Wind werden nicht ausreichen, uns als Land für schwere Zeiten zu sichern.

### **Gletscherinitiative und Solar-Offensive (21.501)**

Der indirekte Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative setzt die Verminderungs- und Etappenziele, mit denen die Treibhausgas-Emissionen bis 2050 auf Netto-Null reduziert werden sollen. Ohne allzu grossen Widerstand bereinigte der Nationalrat beim indirekten Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative die Differenzen zum Ständerat – und dies in einer Zeit, wo unklar ist, wie wir die Energieversorgung genau schaffen sollen. Geblieben sind leider die zusätzlichen Subventionen für den Heizungsersatz und die Förderung von neuen Technologien über 3,2 Milliarden Franken für die nächsten zehn Jahre. Ich persönlich war gegen diese zusätzliche Förderung. Schliesslich fallen diese Förderpakete im Gebäudebereich in die Kompetenz der Kantone und die Gelder sind bereits vorhanden, werden aber teilweise zu wenig ausgeschöpft. Ausserdem übersteigt die Nachfrage das Angebot. Die Firmen im Gebäudesanierungsbereich sind überlastet – da heizt so etwas bestenfalls die Inflation an, bringt aber real nichts.

Im Laufe der Beratung entwickelte der Ständerat eine zusätzliche Solar-Offensive. Von gelockerten Umweltvorschriften bis zum Solarzwang für alle Neubauten reichten die Ideen – und wurden von der Kleinen Kammer allesamt verabschiedet. Auch der Nationalrat begrüsst die Idee, mit der über Jahre blockierte Projekte zugunsten von zusätzlichem inländischen Winterstrom rasch bewilligt werden sollen.

Die Grosse Kammer nahm jedoch Anpassungen zugunsten der Umwelt vor und ergänzte das Gesetz mit dem sogenannten «Grimsel-Paragrafen». Dieser verlangt, dass die Staumauer rasch neu und höher gebaut wird. Die Solarpflicht reduzierte der Nationalrat zudem auf Flächen von mehr als 300 Quadratmetern. Für einmal gingen die verschiedenen Parteien aufeinander zu. Das Parlament erklärte das Gesetz für dringlich, so dass es bereits Ende letzter Woche in Kraft treten konnte. Ich hoffe sehr, dass dies hilft, die inländische Stromproduktion voran zu bringen – ich finde es beschämend, dass unser reiches Land nicht in der Lage ist, die Stromversorgung klug und sicher und vor allem vorausschauend zu planen.

### **Armeebotschaft 2022: Vertrag für neuen Kampfjet unterzeichnet (22.005)**

Wie zu erwarten stand die Debatte im Zeichen des Ukraine-Krieges. Insgesamt gut 9,5 Milliarden Franken bewilligte das Parlament für die Armee, wovon sechs Milliarden für den F-35 und zwei Milliarden für das bodengestützte Luftverteidigungssystem «Patriot».

Als Teil der Armeebotschaft 2022 segneten so Ständerat und auch Nationalrat die Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges ab. Eine gute Entscheidung so meine ich. Damit hatte der Bundesrat grünes Licht, den Vertrag mit dem Hersteller ungeachtet der noch hängigen «Stopp-F-35-Initiative» zu unterzeichnen. In der Industrie ist dieses Vorgehen üblich: Bis zum Ablauf einer Offertfrist steht das Zeitfenster für die Produktion der offerierten Ware im Voraus fest. Im Falle des Kampfflugzeuges F-35 gilt die vom Hersteller gesetzte Frist bis zum 30. März 2023. Unterschreibt der Bundesrat den Vertrag bis dahin nicht, fallen unsere 36 Flugzeuge aus dem Produktionsplan. Auch die Konditionen – Preis, Zahlungsziele, Kompensationsgeschäfte – müssten neu verhandelt werden. Und dies ganz sicher nicht zu unserem Vorteil.

### **Wohneigentumsbesteuerung (17.400)**

Der Eigenmietwert, der als fiktives Einkommen zu versteuern ist, sollte nach jahrelangen Debatten und unzähligen Vorstössen abgeschafft werden. Im Gegensatz zum Ständerat forderte die Wirtschaftskommission des Nationalrates, dass weiterhin die Unterhaltskosten für Umwelt- und Energie sowie die Schuldzinsen der steuerbaren Vermögenserträge abzugsfähig bleiben. Dies auch im Wissen darum, dass es während des Differenzbereinigungsverfahrens zwischen Stände- und Nationalrat sicher noch Anpassungen und Kompromisse benötigen würde um eine mehrheitsfähige Vorlage auszuarbeiten. Ein ganz normales parlamentarisches Verfahren eigentlich.

Doch während der Session bahnte sich – von mir aus gesehen völlig unnötig - ein Rückweisungsantrag der Mitte an. Anstatt den Prozess erneut auszubremsen, wäre es während der Detailberatung möglich gewesen, gewisse Anpassungen vorzunehmen. Dies wurde im Vorfeld auch bereits so signalisiert und besprochen. Ich bedaure es, dass dies nicht geklappt hat. Beim Rückweisungsantrag konnte sich die Mitte natürlich auf die Unterstützung der Linken verlassen. Als FDP-Fraktion werden wir uns aber nicht entmutigen lassen.

### **Kaufkraft erhalten – mit der Giesskanne ([22.9013](#) a.o. Session)**

Beide Parlamentskammern haben das Recht, während einer laufenden Session eine Sonderdebatte zu verlangen. Angesichts der Teuerung sahen sich sowohl Mitte-Links, als auch die SVP dazu berufen. Während Mitte, SP, Grüne und Grünliberale für neue Subventionen plädierten, forderte die Rechte die Reduktion beziehungsweise die Abschaffung der Mineralölsteuer. Die FDP-Fraktion stellte sich geschlossen gegen sämtliche Begehrlchkeiten. Als FDP. Die Liberalen stellten wir uns auch gegen die Motion 22.3792 der Mitte-Fraktion, die einen vollumfänglichen Teuerungsausgleich bei den AHV-Renten für das kommende Jahr verlangte. Sogar Schweizerischer Verband für Seniorenfragen empfahl dem Parlament, den Teuerungsausgleich abzulehnen und beim bisherigen Mischindex als Bemessungsgrundlage zu bleiben. Bei allem Verständnis für die Sorgen, der Bundesrat hat hier bereits heute genügend Instrumente, auf veränderte Situation zu reagieren. Mit nur wenigen Stimmen Differenz setzte sich die Mitte-Links-Allianz durch. Nun bleibt zu hoffen, dass der Ständerat korrigierend eingreift.

Diese Session war intensiv und wir sind gut vorangekommen. Viele dieser schwierigen Fragen sind belastet durch den Krieg und die wirtschaftlichen Entwicklungen in Europa. In der Schweiz spüren wir zum Glück, dass wir noch nicht direkt von Auswirkungen betroffen sind. Ich lade meine Batterien mit ein paar Tagen Herbstferien und danach stehen wieder Kommissionssitzungen auf dem Programm. Und schon am 28. November trifft sich das Parlament zur Wintersession, wovon ich Ihnen gerne wieder berichten werde.

Herzlichen Dank für Ihr Interesse und bis bald

**Daniela Schneeberger**

Nationalrätin FDP BL

#### **Kontakt:**

[daniela.schneeberger@parl.ch](mailto:daniela.schneeberger@parl.ch)

[www.danielaschneeberger.ch](http://www.danielaschneeberger.ch)

[www.parlament.ch](http://www.parlament.ch)